Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

F0112/12   Fraktion CDU/BfM

Bezeichnung

Briefkästen am Hauptbahnhof

Verteiler

Der Oberbürgermeister

Stadtamt

Amt 61

Stellungnahme-Nr.

S0177/12

Datum

25.06.2012

Tag

03.07.2012

Zur Anfrage F 0112/012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

wie der Presse zu entnehmen war, hat die Untere Denkmalschutzbehörde das Aufstellen von Briefkästen der ortsansässigen „biberpost“ abgelehnt. Die Begründung des Sachbearbeiters war, dass es gestalterisch nicht zumutbar wäre, blaue Briefkästen vor dem Bahnhof zuzulassen. Gerade an für ältere Menschen wohnortnahen Punkten, z. B. in Sparkassen und Supermärkten, wird der Service der „biberpost“ angeboten, um die Wege zu verkürzen. Da sollte es auch möglich sein, an so einem stark frequentierten Ort wie dem Hauptbahnhof diesem Unternehmen eine Chance zu geben.

Daher bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Gründe hat die Untere Denkmalschutzbehörde, um das Aufstellen der Briefkästen abzulehnen?*
- 2. Warum gab es eine großzügigere Beurteilung der Unteren Denkmalschutzbehörden bei anderen Baumaßnahmen, z. B. Kloster Unser Lieben Frauen und Lukasklause?*
- 3. Welche objektiven Beurteilungskriterien für solche Entscheidungen werden herangezogen?*

Ich bitte um eine schriftliche Stellungnahme.

nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Welche Gründe hat die Untere Denkmalschutzbehörde, um das Aufstellen der Briefkästen abzulehnen?

Der Antrag zur Aufstellung eines Briefkastens der „biberpost“ vor dem Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes datiert vom August 2010. Im Zuge der Beantragung einer Sondernutzungserlaubnis für vier Aufstellungsorte wurde die Untere Denkmalschutzbehörde beteiligt. Im Rahmen der Einzelfallprüfungen gab es aus denkmalrechtlicher Sicht Einwände zu einigen Standorten, so auch im hier in Rede stehenden Fall.

Die Darstellung in der Presse, dass die Aufstellung von Briefkästen der „biberpost“ von der Unteren Denkmalschutzbehörde generell abgelehnt wurde, entspricht nicht der Wahrheit.

Aus der Sicht des Antragstellers ist es grundsätzlich nachvollziehbar, den Briefkasten der „biberpost“ neben den beiden bereits vorhandenen gelben Briefkästen der Deutschen Post aufstellen zu wollen. Das bestehende Bild der mittig unter der Fensteröffnung platzierten Kästen würde durch den zusätzlichen Briefkasten der „biberpost“ insofern gestört werden, als die bisherige symmetrische Anordnung verunklart und durch die blaue Farbe des Briefkastens der „biberpost“ ein zusätzlicher optischer Akzent geschaffen würde. Aus denkmalpflegerischer und stadtgestalterischer Sicht würde ein nicht erwünschter Kontrast in Bezug auf die Fassade des denkmalgeschützten Bahnhofsempfangsgebäudes entstehen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich um bestehende Stadtmöbel oft weitere ansammeln, so dass in der Folge eine unangemessene Häufung ähnlicher Elemente und ein ungeordnetes und abträgliches Erscheinungsbild im öffentlichen Raum entstehen.

Auch wenn das hier betroffene Baudenkmal allein schon aufgrund seiner Dimensionen keine Beeinträchtigung durch einen Briefkasten erfahren kann, besteht dennoch das denkmalpflegerische Ziel einer verträglichen Anordnung von Elementen der Stadtmöblierung.

Es sei ausdrücklich erwähnt, dass dem Antragsteller, der Medien-Service-Mittelland GmbH, ein Ortstermin angeboten wurde, um den beantragten Standort noch einmal gemeinsam zu prüfen und sich eventuell auf einen Alternativstandort im Bahnhofsumfeld zu einigen. Dieses weiterhin bestehende Angebot wurde jedoch bis heute nicht wahrgenommen.

2. Warum gab es eine großzügigere Beurteilung der Unteren Denkmalschutzbehörde bei anderen Baumaßnahmen, z.B. Kloster Unser Lieben Frauen und Lukasklause?

Der Umbau des Kunstmuseums „Kloster Unser Lieben Frauen“ und die Erweiterung der Lukasklause zum Guericke-Zentrum stellen Baumaßnahmen dar, die sich mit der Aufstellung eines Briefkastens vor dem Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs nicht vergleichen lassen. Insofern können auch die Genehmigungsverfahren, Abwägungsprozesse und Beurteilungskriterien nicht miteinander verglichen werden.

Der dauerhafte Erhalt eines Kulturdenkmals ist in erster Linie von einer Nutzung abhängig. Die Anpassung eines historischen Gebäudes an die vorgesehene Nutzung ist i.d.R. mit baulichen Veränderungen und Anpassungen an heute geltende Vorschriften und Standards verbunden. Die Umsetzung zeitgemäßer Architekturvorstellungen und der gleichzeitige Erhalt der Denkmaleigenschaft schließen sich dabei nicht grundsätzlich aus. Bei den vorgenannten Baudenkmalen wurde der geplanten Nutzung, die von öffentlichem Interesse ist, eine hohe Priorität gegenüber dem öffentlichen Interesse des Denkmalschutzes eingeräumt.

3. Welche objektiven Beurteilungskriterien für solche Entscheidungen werden herangezogen?

Die Untere Denkmalschutzbehörde beurteilt Vorgänge, für die eine Zuständigkeit besteht, auf der Grundlage des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Der Schutz des Denkmalschutzgesetzes erstreckt sich auf die gesamte Substanz eines Kulturdenkmals einschließlich seiner Umgebung. Das Hinzufügen von Anlagen in der Umgebung eines Kulturdenkmals bedarf nach § 14 Abs. 1 Nr. 3 DenkmSchG LSA einer denkmalrechtlichen Genehmigung durch die Untere Denkmalschutzbehörde.

Die Entscheidungskriterien sind von den Schutzziele des jeweils betroffenen Kulturdenkmals abhängig. Bei der Aufstellung von Objekten der Stadtmöblierung vor der Hauptfassade des Hauptbahnhofs besteht aus denkmalpflegerischer Sicht das Ziel, das bauliche Zeugnis wahrnehmbar zu erhalten und eine Beeinträchtigung durch eine unangemessene Häufung unterschiedlicher Objekte zu vermeiden. Um Präzedenzfälle und eine daraus folgende negative Entwicklung des Kulturdenkmals auszuschließen, ist hier ein strenger Beurteilungsmaßstab anzulegen.

Dr. Dieter Scheidemann
Beigeordneter für Stadtentwicklung,
Bau und Verkehr